



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal

An
Herrn Oberbürgermeister Peter Jung
Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42269 Wuppertal

Gemeinsamer Antrag

Es informiert Sie Dittgen-Bergmann, Maren

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 24 44
Fax (0202) 244 0987
E-Mail info@spdrat.de

Datum 12.07.2010

Drucks. Nr. VO/0615/10
öffentlich

Zur Sitzung am
12.07.2010

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Antrag zur Tagesordnung - Tagesordnungspunkt 4.6 Resolution Offener Ganzttag Antrag der Fraktionen CDU und SPD vom 12.07.2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD und CDU beantragen, an Stelle des Textes der VO/0565/10 möge der Rat der Stadt Wuppertal den u. g. Appell an die Landesregierung richten:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auch den Kommunen die unter Nothaushaltsrecht stehen, die Möglichkeit zu geben, den Ausbau des Offenen Ganztagsangebotes so voranzutreiben, dass er den tatsächlichen Bedarfen entspricht. Die Finanzierung ist durch das Land sicher zu stellen.

Begründung:

Schon der Familienbericht 2009 der Stadt Wuppertal hat gezeigt, dass das offene Ganztagsangebot, insbesondere an den Grundschulen, nicht den tatsächlichen Bedarfen entspricht. Im Schuljahr 2009/2010 gab es bereits einen Mehrbedarf von rund 500 Plätzen, im Schuljahr 2010/2011 sind es bereits ca. 700 Plätze – Tendenz steigend. Diese Diskrepanz macht deutlich, dass akuter Handlungsbedarf besteht und die Landesregierung den gesetzlichen Rahmen auch für Kommunen die unter Nothaushaltsrecht stehen entsprechend ändern muss.

Eine gute und vor allem verlässliche Betreuung im Primar- und Sekundarbereich ist von elementarer Bedeutung für die Eltern, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Die bestehenden Betreuungslücken sind für Eltern nicht länger hinnehmbar und führen bei Berufstätigen zu extremen Schwierigkeiten in der Organisation ihres Tagesablaufs.

Die bereits eingerichteten 3.300 Betreuungsplätze im Bereich der OGS, mit denen die Stadt ihren Pflichtanteil von 25 % erfüllt hat, gehen ganz offensichtlich am real existierenden Bedarf der Familien vorbei. Es besteht dringender Handlungsbedarf und deshalb fordern wir die Landesregierung auf, den Pflichtanteil anzuheben und die Finanzierung der zusätzlich einzurichtenden Plätze durch Landesmittel sicher zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Bernhard Simon
Fraktionsvorsitzender der CDU

Klaus Jürgen Reese
Fraktionsvorsitzender der SPD